

Sitzung SVV am 05.03.2015 – Statement Herr Schmidt zur DS: 29/2015

Mit der DS: 29/2015 stellt die CDU den Antrag, eine Zwangsfusion der Landkreise Barnim und Uckermark abzulehnen. Unter der Ziffer 3 des Antrages soll der Bürgermeister beauftragt werden, evtl. Nachteile für die Stadt Prenzlau und deren Ortsteile aus dem Verlust des Kreisstadtstatus zu benennen und möglichst abzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erst ablehnen und dann erst Grundlagen für eine Ablehnung zu erarbeiten ist dann doch wohl die falsche Reihenfolge. Auch im Kreistag gibt es einen Antrag zur Ablehnung der Kreisgebietsreform. Dabei wird mit diffusen Aussagen versucht, Ängste zu schüren, z.B. mit der Aussage, dass mit einer Kreisgebietsreform Schulschließungen drohen, wie Herr Köppen dies äußerte. Und die Äußerungen unseres Kollegen Andreas Meyer ggü. der Prenzlauer Zeitung vom 21.02.2015 enthalten auch lediglich Annahmen und keine Fakten.

Aber auch auf der Kreisebene will die CDU erst ablehnen und sich dann am 28. März auf einem Kreisparteitag mit dem Thema auseinandersetzen. Auch hier die falsche Reihenfolge.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich will gerne noch einmal das im Landtag beschlossene Prozedere in Erinnerung rufen:

1. Die Verwaltungsreform soll auf Basis eines Leitbildes eingeleitet werden.
2. Der Entwurf des Leitbildes ist dem Landtag bis zur Mitte des Jahres 2015 zuzuleiten.
3. U.a. soll das Leitbild Aussagen zu einer umfassenden Funktionalreform unter Benennung konkreter zu übertragender Aufgaben enthalten.
4. Es soll ein breiter öffentlicher Dialog zum Entwurf des Leitbildes geführt werden. Dafür ist ein Zeitraum von 12 Monaten vorgesehen. Erst danach wird der Landtag eine Entscheidung treffen.

In der letzten Legislaturperiode gab es eine Enquetekommission mit dem Thema „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv, zukunftsfest – Brandenburg 2020“. Diese Kommission wurde übrigens auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion eingereicht. Mit dem Ergebnis will man jetzt allerdings nichts mehr zu tun haben. Von den Mitgliedern wurden Vorschläge zu einer Verwaltungsreform und zu einer Funktionalreform gemacht. Dieser Abschlussbericht wird sicherlich eine wichtige Grundlage für zukünftige Entscheidungen bilden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dieser Verwaltungsreform im Zusammenhang mit einer Funktionalreform sollen unsere Verwaltungen modern, zukunftsfest und bürgernah ausgerichtet werden. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sollen sie so aufgestellt werden, dass auch zukünftig Fachpersonal für die Verwaltungen gewonnen werden kann.

Alles, was heute für den Bürger vor Ort ist, soll auch zukünftig vor Ort sein. Ich gehe davon aus, dass über eine Funktionalreform sogar mehr Aufgaben auf die Landkreise und Gemeinden übertragen werden.

Wir verstehen die Sorgen der Menschen vor Veränderungen. Da geht zum Beispiel um die Größe der Landkreise, wie sie auch Herr Meyer angesprochen hat, es geht um Entscheidungen und Mehrheitsverhältnisse in einem eventuell neuen Landkreis oder einem neuen Kreistag. Daher ist eine breite Beteiligung der jeweiligen Ebenen und Bürger wichtig. Negative Auswirkungen auf unsere Stadt können wir derzeit nicht erkennen. Evtl. gibt es ja auch Vorteile, wie z.B. aus mehr Bürgernähe oder einer niedrigeren Kreisumlage. Daher werden wir den Antrag der CDU ablehnen.

Wir wollen aber mit unserem Antrag sicherstellen, dass nicht nur der Bürgermeister, sondern dass wir uns alle zu möglichen Auswirkungen informieren und darüber in einen Diskussionsprozess in der Stadtverordnetenversammlung aber auch mit unseren Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Auf der Grundlage der Ergebnisse können wir dann Entscheidungen treffen und sie im Land einbringen.

Unseres Erachtens ist dies die richtige Reihenfolge. Erst informieren und diskutieren, dann entscheiden.

Meine Fraktionskollegen und ich bitten Sie daher, den Antrag der CDU abzulehnen und unserem Antrag zuzustimmen.